

auch weiterhin mit großem Engagement für eine freie, für eine unabhängige Wissenschaft einsetzen und die Rechte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eben nicht einschränken.

Das mit dem zu vergleichen, was hier gerade in der Debatte passiert ist,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Was denn?)

ist absolut unangemessen; das will ich noch einmal deutlich sagen.

(Beifall von der SPD – Dr. Stefan Berger [CDU]: Was ist denn passiert?)

Herr Berger, Sie wissen doch genau wie ich, wie attraktiv Nordrhein-Westfalen für zum Beispiel ausländische Studierende ist. Mit rund 86.000 Studierenden hat es noch nie so viele ausländische Studierende gegeben wie heute. Sie wissen, wie attraktiv wir für internationale Wissenschaftler sind. Schauen Sie sich an, was heute in den Medien zur gestrigen Eröffnung des DZNE zu lesen ist. Ein Drittel der Wissenschaftler stammt aus dem Ausland, und sie forschen hier sehr, sehr gerne. Das haben wir als Land hier mitfinanziert. Sie wissen, wie viel ERC Grants, wie viele Leibniz-Preisträger wir hier haben und wie viel Unterstützung wir erfahren. Sie wissen, wie international vernetzt unsere Hochschulen sind. Das alles einfach zu negieren und zu sagen, die Qualität der Hochschulen sei unzureichend, das ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Sie können die politische Auseinandersetzung suchen, aber tun Sie bitte nicht so, als hätten wir eine schlechte Hochschullandschaft. Unsere Hochschulen sind hervorragend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das können Sie hier im Parlament auch nicht wegdiskutieren. Deswegen danke ich noch einmal den Abgeordneten der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Piraten für diesen wichtigen Antrag, der ein gutes Signal an unsere Hochschulen ist, die sich in diesen Themenfeldern sehr engagieren. Es ist ein gutes Signal, dass wir sowohl die Hochschulrektorenkonferenz als auch die Landesrektorenkonferenz in ihren Besorgnissen ernstnehmen und in ihren Stellungnahmen unterstützen. Ich hoffe, dass der Antrag eine Mehrheit bekommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Frau Ministerin. – Für die Piratenfraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Dr. Paul zu Wort gemeldet.

**Dr. Joachim Paul** (PIRATEN): Vielen Dank. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich

muss hier noch einmal das Wort ergreifen, weil es offensichtlich eine völlige Verkennung der Tatsachen gegeben hat.

Ich selber habe um die 90er-Jahre herum in EU-geförderten Forschungsprojekten im IT-Bereich gearbeitet. Dabei schließt man auch Freundschaften. Mir persönlich, Frau Freimuth, reicht es zur Genugtuung, dass meine Freunde Charles Taylor, Alistair Sutherland und Bob Henery vom Turing Institute in Glasgow mir für diesen Antrag persönlich Danke sagen werden.

Wenn man den Brexit als schlechtes Momentum für die Wissenschaft erwähnt, zusammen mit anderen Dingen, die so auf der Welt passieren, dann ist das zunächst einmal eine Aufzählung von unterschiedlichen Dingen und keine Gleichmacherei.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Was für eine Logik ist das denn überhaupt? – Das ist unglaublich! – Danke.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Paul. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten haben direkte Abstimmung beantragt. So verfahren wir dann auch, und zwar stimmen wir ab über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/14393. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piratenfraktion sowie der fraktionslose Kollege Stüttgen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 16/14393 angenommen.

Ich rufe auf:

## 10 Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II (WestLB)

gemäß § 24 UAG  
zu dem Auftrag  
des Landtags NRW  
vom 24.04.2013  
Drucksache 16/2618 – Neudruck

Drucksache 16/14300

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/14516

Ich erteile zuerst dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Herrn Kollegen Haardt das Wort zu seiner mündlichen Berichterstattung. Bitte schön, Herr Kollege.

**Christian Haardt** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe heute das Vergnügen, Ihnen den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II vorzulesen,

(Heiterkeit)

nein, vorzustellen natürlich.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nicht 20 Stunden, sondern 20 Minuten!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Das war sehr geschickt, um die Aufmerksamkeit zu fördern.

**Christian Haardt** (CDU): Lassen Sie mich kurz zunächst auf die Historie eingehen. Am 24. April 2013 hat der Landtag auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Themenkomplex WestLB beschlossen. Am 1. Oktober 2013 hat der Landtag die Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen.

Heute, nach insgesamt 45 Sitzungen, der Vernehmung von 71 Zeugen und der Sichtung etlicher Tausend Seiten an Unterlagen liegt Ihnen nun der Schlussbericht vor.

Trotz intensiver Bemühungen wird der Schlussbericht zwar von der ganz überwältigenden Mehrheit der Mitglieder des Untersuchungsausschusses getragen, aber nicht von allen. Gerade in diesem Zusammenhang haben sich auch Fragen ergeben, die allgemein die Arbeit von Untersuchungsausschüssen berühren, etwa die, wie umfangreich Sondervoten im Vergleich zum Bericht selbst sein dürfen, oder, anders gesagt, wie umfangreich eine Darstellung sein darf, die nach § 24 Abs. 3 PUAG NRW in gedrängter Form zulässig ist. Das ist sicher ein Punkt, über den man sich zukünftig vielleicht noch einmal Gedanken machen muss.

Kommen wir nun zum Bericht selbst. Leider konnten wir nicht alle Themenkomplexe einzeln behandeln, mit denen uns das Parlament beauftragt hat.

Der Untersuchungsausschuss konnte die Themenkomplexe „Lion Heart“, Fehlspekulationen mit Vorkaufsaktien von VW, BMW und der Metro sowie Beteiligung an der Metro, Phoenix-Portfolio, Vermittlung von Zinsswaps und anderen Swapgeschäften an Städte und Gemeinden mit betrügerischer Absicht, mutmaßliche Teilnahme an Zinsabsprachen mit Bezug auf den Zinssatz „Libor“, „Euribor“ und anderen Richtzinszusammensetzungen sowie verschwundene Konten bzw. Kundendepots nicht behandeln.

Einige konnten wegen anhängiger rechtlicher Verfahren, andere aus Zeitgründen nicht behandelt werden.

Verwertbare Unterlagen lagen teilweise nicht oder in nicht nutzbarer Form vor. Soweit Akten besonderen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen, andere Beweismittel aber nicht vorhanden sind, konnten die Akten für einen Bericht auch nicht ausgewertet werden. Einige Unterlagen standen zeitlich erst so spät zur Verfügung, dass eine geordnete Bearbeitung nicht mehr möglich gewesen wäre.

Deshalb werden diese Themenkomplexe nicht in jeweils einzelnen Teilbereichen behandelt. Soweit jedoch einzelne Themen in anderen Teilbereichen von Bedeutung sind, wird dort auf sie eingegangen.

Insbesondere zum Themenbereich „Phoenix“ war der Untersuchungsausschuss über Monate hinweg bemüht, einen Beweisbeschluss zu fassen. Dies war aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten zunächst nicht möglich. Die Einzelheiten können Sie dem Bericht entnehmen. Als die Hindernisse dann schließlich entfallen waren, reichte nach Überzeugung der großen Mehrheit im Ausschuss die verbleibende Zeit zur Übergabe und Bearbeitung dieser umfangreichen Beweisunterlagen nicht mehr aus.

Nach diesem etwas allgemeineren Vorspann möchte ich kurz auf einzelne Themenkomplexe eingehen.

Wir haben die Entwicklung der WestLB von einer Förder- und Sparkassenzentralbank zu einer internationalen Groß- und Beteiligungsbank ab Beginn der 1980er-Jahre untersucht. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einmal anmerken: Für die Arbeit war natürlich auch nicht ganz ohne Bedeutung, dass die zu untersuchenden Zeiträume zum Teil ganz erheblich in der Vergangenheit liegen.

Bei der Entwicklung der WestLB von einer Förder- und Sparkassenzentralbank zu einer Groß- und Beteiligungsbank kann man sich natürlich die Frage stellen, ob der Ausbau der Beteiligungen der Westdeutschen Landesbank zu den Aufgaben einer Landesbank oder zu den Aufgaben eines Landes gehört. Das kann in Abhängigkeit von der jeweiligen konkreten Beteiligung unterschiedlich beantwortet werden und bleibt letztendlich einer politischen Bewertung vorbehalten, die wir als Ausschuss nicht vorgenommen haben. Die jeweiligen Beteiligungen waren – das haben wir festgestellt – rechtlich zulässig. Von daher kann man nicht sagen, dass eine Beteiligung in irgendeiner Form illegal gewesen wäre.

Eine unmittelbare Einflussnahme der nordrhein-westfälischen Landespolitik, bezogen auf eine konkrete Beteiligung, ließ sich weder durch die Landesregierung noch durch einzelne Mitglieder der Landesregierung oder Mitglieder des Landtages feststellen. Die Landespolitik war in den jeweiligen Auf-

sichtsgremien vertreten und damit auch in die Entscheidungen über Beteiligungen eingebunden. Insofern hat sie sicherlich auch Einfluss auf die Entscheidungen genommen.

Eine politische Einflussnahme auf die Besetzung des Vorstandsvorsitzes mit Herrn Neuber konnte wegen des weit zurückliegenden Zeitraumes – das war 1981 – weder festgestellt noch ausgeschlossen werden. Bei den späteren Neubesetzungen gaben nach den Feststellungen der Beweisaufnahme bankfachliche Gesichtspunkte den Ausschlag für die jeweilige Personalauswahl.

Zu Zeiten des Vorstandsvorsitzenden Neuber war dieser für die Beteiligungen zuständig, wobei es eine Doppelzuständigkeit gab, da der Zeuge Dr. Ringel ebenfalls für diesen Bereich zuständig war. Herr Neuber konnte allerdings jede Beteiligungsangelegenheit an sich ziehen. Allerdings war die Frage des Erwerbs oder der Veräußerung einer Beteiligung vom Vorstand zu entscheiden. Für diese Entscheidung galt dann das Einstimmigkeitsprinzip.

Für die konkreten Beteiligungen der WestLB gab es teilweise strukturpolitische Überlegungen. Im Vordergrund stand aber die Strategie, eine Beteiligung zu erwerben und diese nach einem längeren Zeitraum möglichst mit Gewinn wieder zu verkaufen. In der Haltezeit sollte über diese Beteiligung zusätzliches Geschäft, etwa in Form der Kreditvergabe an das Unternehmen, eingeworben werden.

Insbesondere die Kreditvergabe führte jedoch in einigen Fällen zu Folgeproblemen. So hat die Bank trotz interner Feststellung, dass die Voraussetzungen für ein Kreditengagement wegen der bestehenden Risiken eigentlich nicht vorliegen, Kredite gewährt, da bei Nichtgewährung eine Gefährdung für den Wert der eigenen Beteiligung befürchtet wurde.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass es bei der Beteiligung des Kreditausschusses Probleme sowohl mit der zeitgerechten Vorlage entscheidungsrelevanter Unterlagen als auch mit der Verständlichkeit gab. Festgestellt werden muss, dass auch die eigene interne Risikoprüfung nur unzureichend Berücksichtigung gefunden hat, was durch die Wirtschaftsprüfer kritisiert worden ist.

Vor diesem Hintergrund ist der Ausschuss der Auffassung, dass landeseigene Unternehmen grundsätzlich so aufgestellt sein sollten, dass es eine hausinterne Risikoüberwachung gibt, deren Empfehlungen mit einem hohen Verbindlichkeitsgrad Berücksichtigung finden sollten. Aufsichtsgremien müssen zudem rechtzeitig und durch verständliche Vorlagen informiert werden, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können.

Wir haben uns mit der Integration des Wohnungsbauvermögens in die WestLB beschäftigt. Bei einer

abschließenden Betrachtung der Integration des Wohnungsbauvermögens in die WestLB kann zunächst festgestellt werden, dass die Folgewirkungen erheblich waren. Festzuhalten bleibt, dass insbesondere die Bank selbst, ihre Gesellschafter, aber auch die handelnden Akteure auf Landes- und später auch auf Bundesebene das Risiko einer Intervention der Europäischen Kommission unterschätzt haben.

Es zeigte sich, dass die privaten Banken die Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht widerspruchslos hinnehmen würden. So äußerten etwa die nordrhein-westfälischen Genossenschaftsverbände und die Bankenvereinigungen bereits Ende 1991 Bedenken im Hinblick auf eine geplante Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt. Die Westdeutsche Landesbank – das darf man nicht vergessen – war damals das drittgrößte deutsche Bankinstitut und stand im unmittelbaren Wettbewerb mit den großen Privatbanken.

Da die Risiken seitens der damaligen Akteure falsch eingeschätzt wurden, unterblieb der Versuch, sich im Vorfeld auf eine für alle Beteiligten akzeptable Kondition für die Integration zu verständigen, die auch von der Europäischen Kommission hätte akzeptiert werden können. Das Ziel der Integration war die Erhöhung des Eigenkapitals zur Erfüllung der europäischen Eigenkapitalvorschriften bei gleichzeitiger Erhaltung und Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Mit der Eingliederung der Wfa schien dieses Ziel zunächst erreicht; trotz aller Bemühungen der Akteure aufseiten der Bank, der Eigentümer und der Politik reichte das aber nicht, um die negativen Folgewirkungen abzuwehren.

Ich will kurz auf das Russlandgeschäft der WestLB eingehen. Es war für den Ausschuss vollkommen nachvollziehbar – und es war wahrscheinlich auch das Gebot der Stunde –, dass sich seinerzeit deutsche Banken ebenso wie die Industrie beim Auseinanderfallen der Sowjetunion auf diesen Märkten engagiert haben, etwa um dort Rohstoffvorkommen zu erschließen.

Das gilt insoweit auch uneingeschränkt für die Westdeutsche Landesbank, die bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion in den 60er- und 70er-Jahren die Geschäfte deutscher Kunden in Osteuropa finanzierte und begleitete. Es muss jedoch hinterfragt werden, wie die Westdeutsche Landesbank in den 90er-Jahren ihr Engagement in Russland vorangetrieben hat, zumal keineswegs sicher war, dass Russland und andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach deren Zerfall die Altschulden übernehmen und tilgen würden.

Erwähnt werden muss auch, dass das Russlandengagement der Westdeutschen Landesbank sehr stark von der West Merchant Bank betrieben wurde, die über mehrere britische Holdings der WestLB (Europa) zugeordnet war. Hier ist, um es mit den Worten

eines Zeugen zu sagen, ein viel größeres Rad gedreht worden.

Davon allerdings hat man im Finanzministerium lange Zeit nichts gewusst, da diese Bank lediglich eine indirekte Beteiligung der Westdeutschen Landesbank war. Mithilfe dieser Bank bzw. über diese Bank konnte die WestLB daher Geschäfte tätigen, ohne die Aufsichtsgremien in irgendeiner Weise beteiligen zu müssen. Selbst im zentralen Kreditmanagement der Westdeutschen Landesbank mussten die Geschäfte der West Merchant Bank nicht vorgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, zu prüfen, ob geltende Regelungen und entsprechende Vorschriften zur Unterstützung und zur Eignung von Aufsichtsratsmitgliedern in öffentlichen Unternehmen zur Verbesserung der Effektivität der Aufsicht geändert werden müssen.

Bei der Frage nach der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank ist der Ausschuss zu dem Schluss gekommen, dass es zur erfolgten Neuaufstellung praktisch keine Alternative gab. Es wäre zwar theoretisch möglich gewesen, die Einstufung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung als unzulässige Beihilfe durch die EU-Kommission gerichtlich prüfen zu lassen; an einem möglichen jahrelangen Rechtsstreit hatten jedoch weder die Bundes- noch die Landesregierung Interesse. Der Bund war an guten Beziehungen zur EU interessiert, und den Ländern ging es vor allem um die Landesbanken und außerdem um die grundsätzliche Wahrung des Status der Sparkassen. Das war für Bund und Länder vorrangig von Bedeutung.

Diese unterschiedlichen Interessen und der Umstand, dass die Landesbanken hauptsächlich Landesinteressen berührten, führten dann leider teilweise dazu, dass sich vier Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und ohne ausreichende gemeinsame Kommunikation mit der Thematik befassten. Letztendlich hat die beim Bundesfinanzministerium eingerichtete Arbeitsgruppe die wesentlichen Vorarbeiten zur Einigung mit der Kommission geleistet.

Für künftige Konfliktlagen, die Länderinteressen berühren und vom Bund gegenüber der EU-Kommission vertreten werden müssen, wird seitens des Ausschusses eine bessere Koordinierung empfohlen. Insbesondere sollte die Bildung von Doppelstrukturen vermieden werden.

Ich will noch kurz auf das Thema „Gefälligkeitsreisen“ eingehen. Dazu nur so viel: Wir konnten im Zuge der Untersuchungen nicht feststellen, dass es Reiseangebote an aktive oder ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landesbehörden, Ministerien oder sonstigen öffentlichen Stellen gegeben hat.

Ich habe jetzt ein paar Bereiche ausgelassen, die Sie im Gesamtbericht nachlesen können.

Zum Abschluss komme ich auf das Thema „Privatisierung und Fusionsbemühungen“ zu sprechen. Die Gründe für ein Scheitern der Privatisierungs- und Fusionsbemühungen waren vielschichtig. Neben der allgemein schwierigen Lage für Fusionen im Zuge der Finanzkrise von 2008 spielten auch NRW-spezifische Entwicklungen sowie die Entwicklungen im Landesbankensektor der Bundesrepublik Deutschland insgesamt eine Rolle.

Im Zuge dieser Lage wurden mehrere mögliche Landesbankfusionen diskutiert. Die Fusionsgespräche mit der Helaba und der Bayerischen Landesbank scheiterten an bankbetrieblichen Überlegungen der Anteilseigner dieser beiden Landesbanken. Andere Modelle scheiterten am Widerstand einzelner Gesellschafter. Eine Veräußerung an die beiden letzten ernsthaften Kaufinteressenten aus dem Bereich der Private-Equity-Investoren scheiterte an der Frage nach dem übergangsweisen Verbleib im Einlagehaftungssystem der öffentlichen Banken.

Es musste letztendlich zur Abwicklung der WestLB kommen. Ursächlich dafür waren mehrere Gründe. Zum einen hatte die Bank nach der Aufspaltung kein tragfähiges und gewinnbringendes Geschäftsmodell entwickelt, durch das sie so aufgestellt gewesen wäre, dass die globale Banken- und Finanzkrise von ihr aus eigener Kraft hätte überwunden werden können. Zum anderen waren die Eigentümer der WestLB nicht bereit und wohl auch nicht in der Lage, die Bank mit ausreichendem Eigenkapital auszustatten, wie es zum Beispiel die Anteilseigner anderer Landesbanken gemacht hatten.

Am Ende gab es keine Alternative mehr zu einer geordneten Abwicklung. Wir als Ausschuss sehen an dieser Stelle von Empfehlungen ab, da nach unserer Einschätzung die Betroffenen im Prinzip nur noch reagieren und nicht mehr agieren konnten, als es schließlich zur Abwicklung kam.

Ich darf mich abschließend bei der gesamten Landtagsverwaltung, namentlich bei der wissenschaftlichen Referentin des Ausschusses Frau Kwast und der Ausschussassistentin Frau Hufschmidt, aber auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fraktionen für die Unterstützung bei der Sitzungsführung, vor allem aber auch bei der Erstellung des Schlussberichtes bedanken.

Für die gute Zusammenarbeit und das gemeinsame Bemühen, einen einheitlichen Schlussbericht zu ermöglichen, möchte ich mich bei allen Ausschussmitgliedern, insbesondere aber bei den Obleuten, namentlich bei den Damen – ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt alphabetisch vorgehe – Freimuth, Scharrenbach und Zentis sowie den Herren Kern und Zimkeit bedanken.

Ich habe jetzt nicht alle Punkte aus dem Bericht angesprochen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben ja in der Osterpause genügend Zeit. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Haardt, für Ihren Bericht. – Ich darf mich im Namen des gesamten Parlaments Ihrem Dank an alle Abgeordnetenkollegen, die sich dieser enormen Arbeit unterzogen haben, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses noch einmal ausdrücklich anschließen.

Wenn man allein das pure Gewicht Ihres Abschlussberichtes bewertet, dann hat man eine ungefähre Ahnung, welche Arbeit dort investiert worden ist. An alle Fraktionen gerichtet und an den Vorsitzenden noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten in die Aussprache ein. Ich darf als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort erteilen.

**Stefan Zimkeit (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich der Danksagung gleich anschließen und möchte sehr bewusst mit dem Vorsitzenden beginnen. Zunächst möchte ich mich bedanken, dass er auf das Vorlesen des Gesamtberichtes verzichtet hat. Das hätte etwas schwierig werden können.

Nein, im Ernst, ich möchte ich mich wirklich bei dem Vorsitzenden bedanken. Er ist sozusagen ins kalte Wasser geworfen worden. Die Situation war eine sehr schwierige, nachdem Herr Biesenbach sich als erster Vorsitzender des Ausschusses entschieden hatte, den Untersuchungsausschuss zu wechseln und den Vorsitz in einem anderen PUA zu übernehmen und dabei auch noch den Referenten mit in den anderen Ausschuss zu nehmen. Dadurch sind Herr Haardt sowie die Referentin in die Situation geraten, einen Abschlussbericht vorlegen zu müssen, ohne am größten Teil der Beweisaufnahme teilgenommen zu haben.

Das war eine sicherlich nicht einfache Aufgabe, die aber alles in allem gut bewerkstelligt worden ist. Für diesen Einsatz möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben dann gemeinsam eine Arbeitsweise entwickelt – ich will das ausdrücklich erwähnen; zum einen, weil es sich sowieso gehört, zum anderen aber auch wegen der besonderen Situation –, nach der die wissenschaftlichen Referenten der Fraktionen in

einem gemeinsamen Arbeitsprozess daran gearbeitet haben, den Entwurf eines Ausschussberichtes vorzulegen. Dafür bedanke ich mich – die Kolleginnen und Kollegen sitzen da oben – ganz besonders herzlich. Das war wirklich eine besondere Situation. Sie ist gerade durch den großen Einsatz aus dem Bereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemindert worden. Auch dafür vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

– Ja, das haben sie auch verdient, ruhig auch etwas lauter.

Leider – und da sind wir beim weiteren Prozess – ist aus diesem gemeinsamen Arbeiten die Piratenfraktion an einer bestimmten Stelle ausgestiegen, was ich sehr bedauert habe. Bis zu diesem Punkt hatten wir einen sehr konstruktiven Prozess, was sich auch daran zeigt, dass die Teile, die bis dahin gemeinsam erarbeitet worden sind, in der Sachverhaltsdarstellung weitestgehend gemeinsam getragen worden sind. Es wäre sicher gut gewesen, diesen Prozess auch so bis zum Ende fortzuführen. Jetzt ist es leider anders gekommen.

Eine Frage muss beantwortet werden: Wie bewertet man diesen Bericht? – Ich persönlich bewerte ihn sehr kritisch und finde ihn in weiten Teilen nicht gelungen und unzureichend. Warum ist das aus meiner Sicht so? – Wir als Fraktionen müssen selbstkritisch damit umgehen, dass wir einen Untersuchungsauftrag formuliert haben, der von Anfang an nicht abzuarbeiten war, und der einfach nicht erfüllt werden konnte, weder zeitlich – weite Teile konnten wir gar nicht behandeln – noch inhaltlich, denn auch die Teile, die behandelt worden sind, hätte man sicher noch tiefer verfolgen können.

Wenn man sich die Aktenmengen anschaut, die wir zu bewältigen hatten, stellt man fest: Es ging nicht nur um Tausende von Seiten, sondern es ging um Tausende Aktenordner, deren Bearbeitung letztlich nicht zu bewältigen war. Insofern müssen wir als Parlament daraus lernen, dass wir uns zukünftig bei der Formulierung von Untersuchungsaufträgen an etwas realistischere Maßstäbe halten und nicht ein großes „Wünsch-dir-was“ formulieren. Das war einfach nicht zu bewältigen, und das müssen wir uns selbstkritisch eingestehen.

Ich möchte noch anschließen, dass auch der Zeitrahmen, mit dem wir uns beschäftigt haben – bis zurück in die 80er-Jahre – mehr als schwierig war. Viele wichtige Zeugen waren verstorben; sie konnten sich nicht mehr dazu äußern. Andere Zeugen hatten Erinnerungslücken. An einigen Punkten hat es sicher auch politische Erinnerungslücken gegeben. Da wird jetzt sicher jeder Kollege irgendeinen Zeugen vor Augen haben, von dem er sagt: Auf den könnte das zutreffen.

Allerdings ist es natürlich auch so: Wenn wir Zeugen zu Ereignissen befragen, die sich Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre abgespielt haben, dann ist klar, dass es da wirklich Erinnerungslücken gibt. Insofern war da an manchen Stellen das eine oder andere nicht mehr zu bearbeiten.

Ich will noch einen dritten Punkt anschließen. Während zum Beispiel der PUA BLB während seiner Arbeit Verbesserungsvorschläge für ein laufendes Unternehmen machen konnte, ist es für uns sehr schwierig gewesen, irgendwelche Schlüsse für eine Landesbank zu ziehen, die es so nicht mehr gibt. Deswegen sollten wir zukünftig gemeinsam darauf achten, die Untersuchungsaufträge so formulieren, dass sie Sinn machen und auch abzuarbeiten sind.

Inhaltlich möchte ich festhalten, dass es auf die Kernfrage, wer oder was oder welche Strukturen daran schuld sind, dass es mit der WestLB so gekommen ist, wie es gekommen ist, nicht die Antwort gibt. Sicher werden – je nach politischer Gewichtung – unterschiedliche Antworten darauf gegeben.

Aber es ist klar geworden, dass es eine Überschneidung von Ursachen für die Entwicklung gegeben hat. Es hat – das ist gerade schon von Herrn Haardt angesprochen worden – eine Reihe von Managementfehlern und auch eine große Zahl von Fehlinvestitionen gegeben. Ich will das für mich einmal wie folgt zusammenfassen: Die WestLB hat sich häufig zu sehr wie eine Investmentbank und zu wenig wie eine Landesbank verhalten. Sonst wäre das eine oder andere sicher nicht passiert.

Damit im Zusammenhang steht die Organisation der Aufsicht, die an einigen Stellen schwer nachvollziehbar war. Wenn ein stellvertretendes Vorstandsmitglied – um beim Vorstand zu beginnen – bei der Frage nach den Russlandgeschäften antwortet: „Das mit dem großen Volumen ist zwar im Vorstand beschlossen worden; aber ich habe mich mit dieser Thematik nicht beschäftigt“, dann lässt das einen schon etwas ratlos zurück.

Das geht weiter mit dem Risikomanagement der Bank, die nicht immer auf der Höhe der Zeit war – um es zurückhaltend zu formulieren.

Die Aufsichtsgremien, in denen Politikvertreter saßen – das gilt es noch einmal zu betonen –, in denen aber auch Sparkassenvertreter und über weite Teile auch Vertreter der Wirtschaft waren, sind über viele Dinge auch nicht ausreichend informiert worden. Bei anderen Dingen hat es aber auch – ich formuliere es einmal so – ein bisschen an Engagement gefehlt. Wenn verschiedene Vertreter als Zeugen aussagen: „Die Ergebnisse standen ohnehin vorher nicht fest; deswegen habe ich nicht mehr nachgefragt“, hat man seine Aufsichtstätigkeit auch nicht so ernst genommen, wie man es eigentlich tun sollte.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Struktur der Gesellschaft durch die Beteiligung des Landes und der Sparkassen nicht immer ganz einfach war. Hier gab es nicht immer eine Interessenübereinstimmung. Aber man hatte vor allen Dingen auch das Problem, dass man Anteilseigner hatte, die, vorsichtig formuliert, finanziell nicht immer am besten gestellt waren und somit auch Schwierigkeiten hatten, bei Bedarf Kapital nachzuschießen.

Eine ganz entscheidende Rolle bei dieser Entwicklung hat dann die Europäische Kommission gespielt, insbesondere die Generaldirektion Wettbewerb. Sie hat ihre äußerst kritische Haltung gegenüber dem öffentlichen Bankenwesen in Deutschland am Beispiel der WestLB exekutiert, wollte hier deutlich machen, dass ihr das öffentliche Bankenwesen in Deutschland ein Dorn im Auge ist, und hat an der WestLB ein Exempel statuieret.

Ich glaube, dass das einer der Punkte ist, die wir für die weitere politische Betrachtung im Auge behalten müssen. Diese kritische Haltung gegenüber dem öffentlichen Bankenwesen in Deutschland einschließlich der Sparkassen gibt es nämlich in der EU-Kommission immer noch. Damit ist auch eine gewisse Gefährdung für die Sparkassen verbunden. Hier ist es dann notwendig, daraus zu lernen, dass wir eine gemeinsame Interessenvertretung von Land und Bund gegenüber der Europäischen Kommission brauchen, um solche Gefährdungen für die Sparkassen abzuwenden. Dies war bei der WestLB nicht immer so. Deswegen ist das eine der Lehren, die wir ziehen müssen.

Viele Fragen bleiben immer noch offen. Aus meiner politischen Sicht lautet eine dieser Fragen: Hätte es die Möglichkeit gegeben, im Zusammenhang mit der Landesbankenkonsolidierung zu einer Lösung zu kommen, die dazu geführt hätte, dass es heute noch eine Landesbank mit dem Standort Düsseldorf gemeinsam mit anderen gibt? Das war nicht abschließend zu beantworten. Insbesondere war aus meiner Sicht nicht abschließend zu beantworten, ob ein ernsthafter Einstieg in Fusionsverhandlungen mit der SüdwestLB hätte dazu führen können, dass es hier eine wirtschaftlich tragfähige Lösung für beide Länder und für beide Landesbanken gemeinsam gegeben hätte. Der Untersuchungsausschuss konnte nicht klarstellen, ob das so funktioniert hätte.

Ich will hier noch einmal daran erinnern, dass die ganze Situation, die sich dann entwickelt hat, eine Belastung für das Land, für die Steuerzahler und für die Sparkassen war, aber insbesondere für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in schwierige Situationen gekommen sind und die – das will ich ausdrücklich erwähnen – zum Teil heute noch in der EAA und in der Portigon dazu beitragen, eine Abwicklung der WestLB im geplanten wirtschaftlichen Rahmen hinzubekommen. Dafür und für ihre

konstruktive Zusammenarbeit will ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal ganz herzlich danken. Sie waren insbesondere Leidtragende des Prozesses.

Abschließend will ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen und insbesondere bei den Obleuten, die gerade namentlich genannt worden sind, dafür bedanken, dass es zumindest im breiten Konsens gelungen ist, einen gemeinsamen Text mit einvernehmlichen Bewertungen zu formulieren. Dafür bin ich sehr dankbar.

Damit ich mich nicht noch einmal zu Wort melden muss, erlaube ich mir folgenden Hinweis: Ich finde es etwas bedauerlich, dass die FDP-Fraktion mit einem Entschließungsantrag jetzt ein Stück weit diesen gemeinsamen Weg verlassen will. Wir lehnen diesen Entschließungsantrag ab. Darin wird wieder klar die Philosophie „Privat vor Staat“ vorgetragen, die ausdrücklich aus diesem Gesamtbericht nicht herauszulesen ist. Ich kann nicht feststellen, warum man zum Beispiel die NRW.BANK jetzt privatisieren sollte. Zumindest hat der PUA dieses Ergebnis nicht geliefert. Deswegen werden wir den Entschließungsantrag ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich zumindest den einleitenden Worten des Kollegen Zimkeit anschließen, was den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht, aber natürlich auch an die Abgeordnetenkollegen, die mit uns zusammen als Obleute über vier Jahre diesen Untersuchungsausschuss bestritten haben. Wir haben 45 Sitzungstage benötigt und 96 Zeugen gehört. Von den insgesamt 16 Themenkomplexen, mit denen uns der Landtag hier im Jahr 2013 beauftragt hat, konnten wir fünf nicht abarbeiten. Darauf hat der Kollege Zimkeit gerade schon verwiesen.

Wir haben uns insbesondere mit der Entwicklung der Westdeutschen Landesbank von einer Förder- und Sparkassenzentralbank hin zu einer internationalen Groß- und Beteiligungsbank beschäftigt. Nach der Satzung bedurften der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen der Zustimmung des Verwaltungsrates. Mitglieder dieses Gremiums waren unter anderem immer der Wirtschafts- und der Finanzminister des Landes. Wir haben auch gehört, dass die Unterlagen für weitere Beteiligungen im Finanzministerium geprüft wurden. Wir haben aber im Rahmen des Untersuchungsausschusses keine Kenntnis darüber gewonnen, dass man sich in diesem Gremium gegen

Beteiligungsabsichten des jeweiligen Vorstandes gestellt hätte.

Zusammenfassend können wir sicherlich durchaus sagen, dass in den 80er-Jahren und zumindest bis Mitte der 90er-Jahre die Bank nur noch den Weg nach oben beschritt. Fragen, ob eine solche Entwicklung den Aufgaben einer Landesbank entspricht und den Aufgaben einer Landesbank gerecht wird, sind bestenfalls am Rande gestellt worden. Insbesondere das viel zitierte Dreigestirn aus Finanzminister, Ministerpräsident und damaligem Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Im Bericht ist das aber nicht zitiert!)

– Aber in den Zeugenaussagen, Herr Kollege Zimkeit, die Sie sicherlich auch sehr eingehend gelesen haben, kommt durchaus vor, dass sie auch intensiv über die Frage von Beteiligungen gesprochen und entsprechend Entscheidungen der Gremien vorbereitet haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Außerhalb des Berichts!)

– Aber in den Niederschriften enthalten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Aber nicht bewiesen!)

– Gut.

Herr Kollege Zimkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Anfang vom Ende – das haben wir als CDU-Fraktion immer sehr ausführlich betont – war die Integration des Wohnungsbauvermögens in die Westdeutsche Landesbank. Denn zum 1. Januar 1993 wurden die regulatorischen Eigenkapitalvorschriften deutlich verschärft. Hier hätten sich die Aufsichtsgremien eigentlich viele Fragen stellen. Insbesondere hätten sie sich auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob man denn nicht die Geschäftstätigkeit der Westdeutschen Landesbank reduziert, um dann den Regularien gerecht werden zu können.

Aber schlussendlich ging es eigentlich nur um die Frage: Wie kann man mehr Eigenkapital bekommen? Erstaunlicherweise waren die Eigentümer nicht bereit oder nicht in der Lage, entsprechende Barkapitalerhöhungen vorzunehmen, sodass man schlussendlich auf die Idee einer Sachkapitalerhöhung im Wege der Integration des Wohnungsbauvermögens in die WestLB gekommen ist – und das, obwohl es hier Warnungen aus der damaligen CDU-Landtagsfraktion, nämlich von Hartmut Schauerte, und auch von dem grünen Kollegen, dem Abgeordneten Dr. Busch, gegeben hat.

Der Ausschuss hat sehr wohl herausgearbeitet, dass es bei der Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt in die Westdeutsche Landesbank zu handwerklichen Fehlern gekommen ist, die später zu Zeitpunkten, als es noch möglich gewesen wäre, nicht

repariert wurden und letztlich insbesondere das dreigliedrige Bankensystem in der Bundesrepublik Deutschland bis heute belasten.

Die Europäische Kommission hat dann auch 1999 im gesamten Verfahren eine unzulässige Beihilfe aus der Integration des Wohnungsbauvermögens in die Westdeutsche Landesbank von 1,6 Milliarden DM festgestellt.

Aus diesem gesamten Prozess resultiert schlussendlich auch der Wegfall der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, was für den gesamten Bankensektor in der Bundesrepublik Deutschland besonders eklatant war. Das resultiert letztendlich daraus, dass verantwortliche Entscheidungsträger die Risiken, die sich aus dem gesamten Verfahren im Zusammenhang mit der Integration des Wohnungsbauvermögens in die Westdeutsche Landesbank ergeben haben, nicht vollumfänglich betrachtet und in die eigenen Überlegungen einbezogen haben.

Wenn wir uns mit dem Themenkomplex ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das steht alles nicht in der Bewertung, die du mit unterschrieben hast! – Zuruf von den PIRATEN)

– Doch, das steht drin. Lieber Stefan, genau dieser Punkt steht drin.

(Zuruf von den GRÜNEN: „Lieber Stefan“? Das ist wahrscheinlich gefährlich!)

– Wir sind so weit. – Genau das steht drin,

(Weitere Zurufe und Gegenrufe von der SPD und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

weil wir darüber nämlich noch im Wording verhandelt haben.

(Beifall von der CDU – Weitere Zurufe und Gegenrufe von der SPD und der CDU)

– Jetzt haben wir das auch geklärt, wer sich hier wie liebt oder nicht liebt.

(Zuruf: Oh!)

– Oh; genau.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Das werden noch spannende acht Minuten!)

Kommen wir zum Fazit – und das haben wir auch diskutiert –: Zu Beginn des Untersuchungszeitraums kann man sicherlich konstatieren, dass es zumindest von den relevanten Eigentümern unter dem Gesichtspunkt getrennter Wettbewerbspositionen der beiden Sparkassenverbände auf der einen Seite und der Entwicklung der Westdeutschen Landesbank auf der anderen Seite durchaus noch eine gleichgerichtete Interessenlage gegeben haben mag.

Je mehr sich aber die Westdeutsche Landesbank in Geschäftsfelder entwickelt hat und damit gleichzeitig

in Konkurrenz zu den Sparkassen getreten ist, umso schwieriger wurde es – unseres Erachtens aus dem Untersuchungsausschuss heraus –, dass man in puncto Westdeutscher Landesbank innerhalb der Eigentümergemeinschaft nicht mehr unbedingt an einem Strang gezogen hat. Vielmehr wurden hier Fragen eher dahin gehend beantwortet, dass Eigentümern zum Teil das Hemd näher war als die Hose Westdeutsche Landesbank.

Ferner haben wir den Eindruck gewonnen, dass es im Rahmen der Aufsichtsgremien eher um die Betrachtung des Einzelinstituts Westdeutsche Landesbank gegangen ist als letztendlich um eine Betrachtung des Gesamtkonzerns und damit auch um eine Gesamtkonzernsteuerung.

Vor diesem Hintergrund sind auch Empfehlungen in den Abschlussbericht aufgenommen worden, was die zukünftige Qualifizierung, Ausrichtung, Ausbildung und Fortbildung von Mitgliedern in Aufsichtsgremien anbetrifft.

Wir sind uns ebenfalls einig, dass ein Controllingsystem – dabei geht es um Compliance, Controlling, Wahrnehmung von Funktionen und Überwachung – nicht in ausreichendem Maße in der Westdeutschen Landesbank aufgestellt und schlussendlich auch vollzogen wurde.

Aus der Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt resultieren bis heute Vorbehalte der Europäischen Kommission gegen das dreigliedrige Bankensystem und insbesondere gegen den öffentlich-rechtlichen Bankensektor. Das ist dem Grunde nach, wenn man es politisch betrachtet, ein irreparabler Langzeitschaden für den gesamten öffentlich-rechtlichen Bankensektor innerhalb der Bundesrepublik. Er ist aus dieser Zeit heraus entstanden.

Mein Fazit zum Abschluss lautet: Das ehemalige Flaggschiff des Landes Nordrhein-Westfalen, die Westdeutsche Landesbank, ist untergegangen. Es gab viele Kapitäne. Das Ruder wurde mal in die eine Richtung, mal in die andere Richtung bewegt. Es gab einen Schlingerkurs sowie fehlende Kontrolle und fehlende Kontrollsysteme. Bis heute ist das Wrack nicht gehoben.

Das offenkundige Gefangenendilemma, in dem sich die Eigentümer, die über die Jahre wechselten, befunden haben, in das sie sich aber auch selbst hineinbegeben haben, sollte uns allen eine Lehre für die Zukunft sein, was den Umgang mit öffentlichen Instituten angeht.

(Beifall von der CDU)

Nun waren wir als CDU ebenfalls darüber irritiert, dass die FDP heute noch einen Entschließungsantrag eingereicht hat. Diesem Entschließungsantrag werden wir aus folgendem Grunde nicht zustimmen: Wir teilen Ihren Ansatz, dass eine rechtzeitige Privatisierung der Westdeutschen Landesbank dem Land

Nordrhein-Westfalen große Teile der zu schulternen finanziellen Lasten erspart hätte, nicht, weil wir der Auffassung sind, dass eine rechtzeitig oder schnellere Privatisierung nicht möglich gewesen wäre.

Lassen Sie mich mit einem Verweis auf den Schlussbericht zum Schluss kommen. Jedem Ende wohnt bekanntermaßen auch ein Anfang inne. Mit diesem philosophischen Ende möchte ich von unserer Seite aus allen Kolleginnen und Kollegen herzlichen Dank für die Zusammenarbeit und für die gemeinsame Abfassung des Schlussberichtes sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Scharrenbach. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Zentis.

**Gudrun Zentis (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Das sind hauptsächlich die Referentinnen und Referenten der Fraktionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Den ersten Dank schicke ich jetzt einmal auf die Tribüne an die Referentinnen und Referenten, und zwar dafür, dass wir diesen Abschlussbericht zustande bekommen haben. Das war ganz viel Arbeit von allen Referentinnen und Referenten. Ich war, glaube ich, immer sehr gut darüber informiert, wie ihre Zusammenarbeit funktioniert hat.

(Beifall von der CDU und Stefan Zimkeit [SPD])

– Das haben Sie sich verdient. Es war nämlich ganz viel Arbeit. – Einen herzlichen Dank sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen, die dazu beigetragen haben, dass wir dann schließlich und endlich einen Bericht zustande bekommen haben, der von einer großen Mehrheit getragen wird.

Der Kernauftrag des Ausschusses war aus meiner Sicht, die Hintergründe des Niedergangs der WestLB zu klären und zu klären, warum diese große Landesbank abgewickelt werden musste. Des Weiteren ging es um die Frage, ob Schuldige dafür benannt werden können. Natürlich ist es aus heutiger Sicht einfacher, zu reflektieren, was eventuell falsch gelaufen ist. Aus damaliger Sicht waren – unter Berücksichtigung der jeweiligen Situation bzw. des damaligen Informationsstandes – viele Entscheidungen auch richtig.

Die gewonnenen Erkenntnisse möchte ich für uns wie folgt zusammenfassen:

Erstens. Die Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt und die dann in der Folge wegfallende Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sind sicherlich ein entscheidender Grund für den Niedergang der

WestLB gewesen. Die Integration an sich war bestimmt eine sinnvollere Lösung als eine etwaige Kapitalerhöhung. Ob diese jedoch unbedingt nötig gewesen wäre, um die Geschäftsbankentätigkeit der WestLB zu gewährleisten, steht auf einem anderen Blatt. Manfred Busch, unser Vertreter, hat – Frau Scharrenbach hat es eben schon erwähnt – schon Anfang der 90er-Jahre davor gewarnt und sich gegen die Entwicklung hin zu einer internationalen Großbank ausgesprochen. Auch das Kapitel der Verzinsung sahen wir damals schon äußerst kritisch. Die Wfa-Integration war das erste Kapitel einer langen Reihe von Auseinandersetzungen mit der EU.

Zweitens. Stichwort „Beihilfe Problematik“: Dass nicht das Land der direkte Ansprechpartner war, sondern der Bund, vereinfachte den Verhandlungsprozess nicht gerade. Ich erspare es mir jetzt, jedes einzelne Verfahren aufzuzählen. Herr Haardt ist auch schon darauf eingegangen. Die Aussage einer Dame vonseiten der EU ist, glaube ich, sehr bezeichnend und sehr präzise, um die Einstellungen der WestLB auf einen Punkt zu bringen. Sie sagte nämlich: The WestLB story must come to an end.

Drittens. Viele Fehlentscheidungen wurden getroffen. Die Boxclever-Investitionen sind hier nur ein sehr illustres Beispiel. Ein Zeuge schilderte anschaulich, dass dieses Geschäft sicherlich nicht angefasst worden wäre, wenn sich jemand bequem hätte, einmal einen TV-Leasing-Laden aufzusuchen, anstatt sich nur die Papiere in der Sitzung anzusehen.

(Beifall von der CDU)

Man brauchte und wollte schnelle Gewinne. Aber es folgten hohe und weitere Verluste.

Viertens. Die Bankenkrise traf natürlich auch die WestLB und führte im Endeffekt leider dazu, dass die Versuche der Bank, den Abstieg aufzuhalten, endgültig scheiterten.

Fünftens. Weiterhin gab es ein zunehmendes Versagen in den Reihen der Bankvorstände. Die Kollegin Scharrenbach und der Kollege Zimkeit haben schon darauf hingewiesen. Niemand konnte ein tragfähiges Geschäftsmodell präsentieren und erfolgreich umsetzen. Aus heutiger Perspektive scheint es so, dass die WestLB als Ganzes nicht im Fokus stand.

Sechstens. Letztendlich muss auch die Rolle der Politik beleuchtet werden. Vielleicht hat man sich an der einen oder anderen Stelle zu wenig oder nicht energisch genug eingebracht. Möglicherweise war auch das Vertrauen an der einen oder anderen Stelle zu groß: Die Wahrnehmung der Kontroll- und Gestaltungsfunktion ist die Arbeit der Bankenvorstände; sie müssen das sinnvoll ergänzen. – Dies ist allerdings nur möglich, wenn alle Vorgänge auch transparent auf den Tisch gelegt werden. Bei solchen Großkonzernstrukturen mit ihrer Fülle an Unterfirmierungen, Tochter- und Enkelgesellschaften ist dies aber kaum

möglich. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe des Vorstands. Sie liegt daher auch voll in dessen Verantwortungsbereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den späteren Privatisierungs- und Fusionsbemühungen kam die Politik dann doch noch verstärkt ins Boot. Die Eigentümer waren gefragt – nicht nur die Sparkassenverbände, sondern auch das Land –, und zwar in besonderer Weise, um die Prozesse voranzutreiben.

Die von den Sparkassenverbänden favorisierte Lösung einer Fusion mit der LBBW scheiterte vielleicht an der damaligen Landesregierung oder wurde nicht ernsthaft genug von ihr betrieben. Andere Fusionsgespräche waren nicht erfolgreich, weil es keine Partner für die WestLB gab. Die einen wollten nicht; sie wollten eher beim Untergang zuschauen. Die anderen, auch Landesbanken, waren mit eigenen Problemen beschäftigt; manche sind noch damit beschäftigt. Einige kamen nur mit einer Finanzspritze der jeweiligen Länder wieder auf die Beine. In NRW war dies angesichts der Haushaltslage aber nicht möglich.

Was ist am Ende das Ergebnis?

Erstens: die Abwicklung und dauerhafte Auflösung der WestLB.

Zweitens: Dem Land NRW verbleibt die Förderbank NRW.BANK.

Daher sind die Erkenntnisse aus den Untersuchungen des Niedergangs der WestLB auch nur noch im übertragbaren Sinne zu nutzen. Das Land tut gut daran, für die Förderung unsere NRW.BANK als wichtigstes Instrument in den Blick zu nehmen.

Die Geschichte der WestLB wird sich nicht wiederholen; ich glaube, das steht fest. Der eine oder andere Fehler im öffentlichen und privaten Bankensektor – so ist zu befürchten – wird sich vielleicht doch noch wiederholen. Aber da seien bitte wir als Politik und auch die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft noch aufmerksamer.

Der Untersuchungsauftrag – die Vorredner haben dazu schon Stellung genommen – war zu groß gefasst. Wir haben nicht alle Komplexe erfassen können. Der eine oder andere hätte mich sicherlich noch sehr interessiert. Aber die Zeit reichte nicht aus.

Das Erinnerungsvermögen mancher Zeugen – das haben die Kollegen auch schon gesagt – war sehr beschränkt. Manchmal lag das nicht nur an dem lange zurückliegenden Zeitraum von 1980 an; es betraf auch kürzere Zeiträume.

Wir haben unsere Arbeit jetzt in einem Bericht, der mehrheitlich getragen wird, dokumentiert. Man hätte vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch mehr ergänzen können. Aber dazu fehlte die Zeit.

Ich will mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Auf den letzten paar Metern haben wir gemerkt, dass Frauenpower sehr hilfreich war. Bei dem Kollegen Haardt möchte ich mich für die wirklich konstruktive Zusammenfassung aller Ereignisse bedanken.

Somit darf ich schließen. Ich nehme noch kurz Stellung zu dem FDP-Antrag, den wir so leider nicht mittragen können. Ich denke, dass man sich mit diesem Entschließungsantrag einen Bären dienst erwiesen hat. „Privat vor Staat“ geht für uns gar nicht. Das spiegelt das Standing der FDP und ihre Wahrnehmung wider. Es tut mir leid.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Für die FDP spricht jetzt Frau Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum zu glauben, aber wahr: Nach vier Jahren beraten wir den Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II, des sogenannten WestLB-PUA. Wir haben Tausende von Akten in digitaler Form gesichtet und Zeugen befragt. Daraus haben wir Erkenntnisse gewonnen oder auch deren Fehlen diskutiert.

Ich möchte mich auch im Namen meines Stellvertreters, Ralf Witzel, dem ich herzlich für die Begleitung und Unterstützung danke, ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten aus den anderen Fraktionen und insbesondere bei den Obleuten für die konstruktive, manchmal natürlich auch kontroverse, aber immer sehr sachliche und zielorientierte Zusammenarbeit bedanken, ebenfalls bei den unterstützenden Kollegen aus den Fraktionen, den wissenschaftlichen Referenten und natürlich auch bei der Landtagsverwaltung. In meinen Dank darf ich auch die Vorsitzenden ausdrücklich einschließen.

(Beifall von der FDP)

Ich erlaube mir an dieser Stelle eine Anmerkung: Bei einem so komplexen Untersuchungsauftrag ist schon allein ein Wechsel des Vorsitzenden keineswegs wünschenswert. Ein gleichzeitiger Wechsel des unterstützenden Referenten empfiehlt sich aber definitiv nicht zur Wiederholung oder Nachahmung.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Im Wesentlichen aus Zeitgründen konnten leider nicht alle Untersuchungsgegenstände bearbeitet werden, sodass auch deshalb viele Fragen ohne Antwort blieben. Erschwerend kam hinzu – es wurde schon erwähnt –, dass Zeugen behaupteten, sich an

Sachverhalte nicht mehr erinnern zu können, was nur zum Teil durch die lange zurückliegenden Geschehnisse nachvollziehbar erschien.

Es gelang in einem ganz speziellen Fall – ich ahne, Frau Kollegin Zentis, dass wir vielleicht sogar denselben im Blick haben – aber auch nicht, das Gegenteil zu beweisen, obwohl ich an der Erinnerungslücke auch heute noch erhebliche Zweifel habe. Denn das gemeinsame Frühstück mit der frisch Angetrauten war sehr wohl noch erinnerlich, während das fehlende Erinnerungsvermögen zu einer Besprechung, bei der es dann doch um mehrere Hundert Arbeitsplätze ging, fröhlich behauptet wurde.

Meine Damen und Herren, der Ausschuss hat festgestellt, dass die Entwicklung der WestLB zu einer internationalen Großbank mit dem Anspruch verbunden war, mit den deutschen Privatbanken mithalten – von Rechts wegen nicht zu beanstanden und auch seinerzeit politisch gewollt. Umso klarer sehe ich aber in der Ex-post-Bewertung nach der Beweisaufnahme die seit 2000 von der FDP hier im Parlament wiederholt vorgenommene ordnungspolitische Bewertung bestätigt, dass eine mit Steuergeldern immer wieder zu unterstützende Landesbank nicht mit internationalem Anspruch auf den Kapitalmärkten im Wettbewerb und mit Risiko für den Steuerzahler hätte agieren dürfen.

Wenn hier von Risiko die Rede ist: Der Zeuge Schauer bezifferte die Haftungslast aus dem Desaster des Großbankentraums mit 21 Milliarden €. Soweit ich weiß, verwendet der amtierende Finanzminister dieses Landes immerhin die Zahl von 18 Milliarden €.

Lassen Sie mich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit zur Veranschaulichung auf einen Sachverhalt lenken, der exemplarisch belegt, dass die Landesbank im ordnungspolitischen Blindflug und in Großmannsucht die Ebene der Daseinsvorsorge verlassen hatte. Denn weder mit Daseinsvorsorge noch mit nordrhein-westfälischer Struktur- oder Industriepolitik lässt sich das seinerzeit offensichtlich von der Landesregierung und der Bank gewollte Engagement bei der Schaffung eines internationalen Touristikonzerns in Niedersachsen begründen.

Noch weniger wäre es dem Bereich der Daseinsvorsorge zuzurechnen, wenn wir die Schilderung eines Zeugen hätten unterlegen können, dass damit die SPD-Kanzlerkandidatur eines damaligen Ministerpräsidenten hätte verhindert werden sollen. Auch ein Engagement der Bank auf den Cayman Islands oder anderen Offshore-Destinationen lässt sich in keiner Weise unter Daseinsvorsorge subsumieren.

Wir alle werden immer wieder gefragt – alleine in den letzten Tagen ist es mir jedenfalls mehrfach passiert –: Wer oder was hat denn diese Westdeutsche Landesbank, die einst so stolze, mit ihren qualifizierten Mitarbeitern hier in Nordrhein-Westfalen, dem Untergang geweiht? Wer ist schuld?

Nun, eine einzige Ursache gibt es wohl nicht. Es ist eine ganze Kette von Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen, die aber eben an vielen Stellen durch viele ungenutzte Chancen zur Schadensminderung nicht unterbrochen wurde. Zu nennen wäre hier – das ist schon genannt worden – die handwerklich schlecht gemachte Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt in Verbindung mit einem oftmals, sagen wir einmal, rustikal-selbstbewussten Auftreten mit Absolutheitsanspruch in Brüssel, was ja bis heute nachwirkt.

Zudem gelang es auch der Bank und ihren Eigentümern nach der Etablierung des sogenannten Mutter-Tochter-Modells nicht, für die neue AG ein tragfähiges Geschäftsmodell zu finden. Die Bank wurde auf der einen Seite von den großen Sparkassen und auf der anderen Seite von den internationalen Geschäftsbanken in die Zange genommen. Unkonventionelle Ideen wie zum Beispiel die Idee einer Metropol-Sparkasse bzw. die Vertikalisierung, der Zugang zum Retailgeschäft scheiterten in jedem Fall an politischen Vorgaben.

Alle Bemühungen um angedachte Fusionen im Landesbankensektor wie auch die von der FDP stets favorisierte Verwertung des Landesanteils auch unter Einbeziehung des Kapitalmarktes, also sprich der Verkauf des Landesanteils, scheiterten. Das Fehlen eines tragfähigen Geschäftsmodells war zu keinem Zeitpunkt hilfreich.

Die Beiträge der Eigentümer spielten dann ja auch eine Rolle bei der Einschätzung der Haftungskaskade der Phoenix-Ausgliederung als quotaal oder disquotaal, das heißt nicht im Verhältnis zum jeweiligen Anteilsbesitz an der WestLB. Einige Zeugen untermauerten den im Raum stehenden Vorwurf, die Sparkassen seien, wenngleich Mehrheitseigner, zu lasten des nordrhein-westfälischen Steuerzahlers – in Führungszeichen – zu gut weggekommen, mit guten Argumenten. Die disquotale Haftung wäre aber erst bei über fünf Milliarden € bewiesen, so dass wir im Abschlussbericht lediglich eine sachliche Beschreibung des Sachverhalts haben vornehmen können.

Beim Themenkomplex „Offshore“ zeigte sich, dass die WestLB aus ihrem internationalen Anspruch, mit in- und ausländischen Privatbanken zu konkurrieren, Maßnahmen traf, die vom heutigen Finanzminister in fast jeder Rede jedenfalls bei anderen geißelt werden. Mit Ausnahme der Jahre 2005 bis 2010 waren sozialdemokratische Minister in den Gremien der WestLB vertreten, die keineswegs durch kritische Äußerungen zu diesen Offshore-Aktivitäten in den Gremiensitzungen aufgefallen sind. Und nur am Rande sei mir der Hinweis gestattet, dass das – auch wenn es nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags war – auch in der jetzigen Verantwortungssphäre noch nicht so hundertprozentig beendet erscheint.

Verstörend war die Beobachtung bei den Zeugenbefragungen, dass die Vorstände nicht als Kollegialorgane auf Augenhöhe zu agieren schienen, sondern sich in Arglosigkeit und Devotismus dem Vorstandsvorsitzenden hingaben. Befragt nach den eigenen Verantwortungssphären der Vorstände wurden bemerkenswert oft ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Angela Freimuth (FDP):** Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin.

... Erinnerungslücken oder formaljuristische Zuständigkeiten bemüht. Nicht nur mich beschlich dort ein etwas befremdliches Gefühl. Einer der Kollegen fasste es mit der Feststellung zusammen: Sie waren Vorstand und kein Azubi!

Was also bleibt zum Schluss? – Das ist dann auch, Frau Präsidentin, meine letzte Bemerkung. – Es bleibt mir, die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II mit dem Zitat eines Zeugen zu beenden. Es ist der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident und frühere Landes- und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, der seine Erkenntnis wie folgt formulierte – ich darf zitieren –:

„Sie bezieht sich generell auf öffentliche Unternehmen. Ich bin heute der Überzeugung – auch aus der Erfahrung, nicht mit der WestLB, sondern generell aus der Erfahrung –, dass die Politik, die den Rahmen zu setzen hat, der für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben gilt, sich tunlichst aus den Unternehmen heraushält.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Das gilt auch heute für mich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Kern.

**Nicolaus Kern\*** (PIRATEN): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Zunächst möchte ich mich auch dem Dank meiner Vorredner anschließen und mich insbesondere beim Vorsitzenden und bei den Obleuten dafür bedanken, dass sie unsere zahlreichen Beweis- und Änderungsanträge über sich haben ergehen lassen, auch wenn sie sie in der Mehrzahl abgelehnt und nur einen Teil angenommen haben,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Stimmt nicht! Die Mehrzahl haben wir angenommen!)

und auch dafür, dass sie unsere Sondervoten letztlich akzeptiert haben – wobei ich da der Ansicht bin, dass sie den Umfang nicht sprengen, sondern sich in dem Rahmen halten, der einer Oppositionsfraktion gut zu Gesicht steht.

Zur Sache: Die Erwartungen an diesen Untersuchungsausschuss waren hoch. Was wollten die Landtagsfraktionen bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht alles aufklären! Doch leider kam es anders: Um sich nicht den wirklich brisanten Themen widmen zu müssen, hatten die anderen Fraktionen offenbar das Ziel ausgerufen, quasi die Gesamthistorie der WestLB zu erforschen. Man verlor sich leider im Klein-Klein und beleuchtete vor allem die Vorgänge genauestens, an denen politische Personen beteiligt waren, die längst nicht mehr im politischen Geschäft sind.

Da bot man einem Ex-Kanzler, einem diplomierten Selbstdarsteller, im Ausschuss als Zeuge eine Bühne, damit er in aller Ausführlichkeit über seine Hochzeitsreise sowie seine Erinnerungslücken zum Thema referieren und sich damit über den Untersuchungsausschuss und seine Aufklärungsbemühungen lustig machen konnte. Ein Bären dienst für den Parlamentarismus in diesem Land!

Die Vorgänge aus jüngerer Vergangenheit hingegen, an denen Personen beteiligt gewesen sein könnten, die heute noch aktiv sind, und vor allem die Geschäfte, die die letzten Sargnägel für die WestLB bildeten, wurden nicht beleuchtet – insbesondere nicht das Phoenix-Portfolio.

Auch kein Thema waren die Zinsswap-Geschäfte der WestLB, die sich äußerst negativ auf einige Kommunen in NRW und deren Haushalte auswirkten. Auch kein Thema waren die Zinsmanipulationen an Libor und Euribor, an denen die WestLB beteiligt war und die Milliarden Schäden verursachten. Ebenfalls kein Thema waren die Spekulationen mit Vorzugsaktien von BMW und VW.

Stattdessen beschäftigte man sich lieber mit den Themen „Gefälligkeitsreisen“ oder „Offshore-Aktivitäten“, die für den Untergang der WestLB allerdings eher von untergeordneter Bedeutung waren.

Wenn man sich die hochbrisanten Themenfelder anschaut, die der Ausschuss nicht behandelt hat, muss man wohl eher von einem Unterlassungs- als von einem Untersuchungsausschuss sprechen.

(Heiterkeit von Lukas Lamla [PIRATEN])

Doch nun zum Untersuchungsgegenstand selbst. Die WestLB hatte zu viele Neider und Feinde und zu wenige Freunde. Auf europäischer Ebene hatte sie eine neoliberale Europäische Kommission gegen sich, die die Anstaltslast beseitigen wollte. Im Bund bot sich ein ähnliches Bild. Und auch auf Landesebene hatte man keine Verbündeten, sondern nur Konkurrenten. Dabei hätte es einer gemeinsamen

Anstrengung der Länder bedurft, um gegen die Abschaffung des Landesbankenmodells zu opponieren.

Gut aufgearbeitet hat der Ausschuss das Thema der Einbringung der Wohnungsbauförderungsanstalt in die WestLB. Um den Anforderungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen hinsichtlich der Eigenkapitalbasis der Bank zu genügen, hatte man sich am Anfang der 90er-Jahre zu dieser Sacheinlage anstelle von echtem Eigenkapital entschlossen – eine folgenreiche Fehlentscheidung, wie sich herausstellen sollte. Denn damit begann eine jahrelange Auseinandersetzung mit der EU-Kommission über die Einstufung dieser Sacheinlage als europarechtswidrige Beihilfe. Diese hat das Land NRW und die WestLB im Wesentlichen verloren – juristisch, aber vor allem auch politisch.

Gerade als die Auseinandersetzung um die Wfa ausgestanden war, erfolgte im Jahr 2008 die nächste fatale Fehlentscheidung der WestLB und der damaligen Landesregierung: die Auslagerung von toxischen Wertpapieren im Nominalwert von 23 Milliarden € in das eben schon erwähnte Phoenix-Portfolio. Diese Papiere sind letztlich in der vielzitierten Ersten Abwicklungsanstalt gelandet, der Bad Bank der WestLB. Aber es waren nicht nur diese Wertpapiere im Nominalwert von 23 Milliarden €, sondern am Ende waren es Schrottpapiere von über 200 Milliarden €, für die der Steuerzahler haften sollte. Diese erneute Staatsgarantie löste dann das nächste und letztlich vernichtende Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen die WestLB aus. Aber all das war leider nicht Gegenstand der Untersuchungen.

Statt sich also mit dem Hauptverdächtigen für den Untergang der WestLB zu beschäftigen, jagte man lieber einem Phantom hinterher, einem Steuerbetrugsnetzwerk im Ausland bei einer Bank, die selbst quasi kein Privatkundengeschäft unterhielt – ein ziemlich abstruser Ermittlungsansatz. Weil man diesem Phantom nachjagen wollte, blieb angeblich keine Zeit mehr für die Untersuchung der Vorgänge rund um das Phoenix-Portfolio. Eine Untersuchung haben die anderen Fraktionen mit juristischen Scheinargumenten verhindert. Der Ausschuss einschließlich des Vorsitzenden ließ sich vom Justiziar der Portigon quasi einschüchtern,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine unglaubliche Frechheit! Sie waren doch gar nicht dabei!)

weil bei einer Herausgabe von Unterlagen an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angeblich Schadensersatzprozesse gegen die New Yorker Tochter der WestLB verloren gehen könnten und damit Forderungen von 180 Millionen € auf das Land zukämen. Aber schon damals war absehbar, dass diese Prozesse scheitern würden. Tatsächlich wurden die Schadensersatzklagen gegenüber der WestLB-Tochter allesamt abgewiesen.

Zufälligerweise – jetzt wird es interessant – kam die Nachricht von der Portigon darüber, dass die Klage in New York rechtskräftig abgewiesen wurde und nun eine Befassung durch den Ausschuss ohne finanzielles Risiko für das Land möglich sei, just in dem Moment, als der Ausschuss beschlossen hatte, die Beweisaufnahme zu schließen. Was für ein grandioser Zufall!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Verschwörungstheoretiker!)

Unser Resümee! Das Scheitern der WestLB hat viele Väter: einen vor Arroganz strotzenden Vorstandsvorsitzenden Neuber,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Kennen Sie den persönlich?)

Aufsichtsräte, die in den entscheidenden Sitzungen nicht die nötigen Nachfragen stellten, sondern alles abnickten, was vom Vorstand vorgelegt wurde, und die Eigentümerstruktur. Auch das wurde schon angesprochen: Die WestLB hatte mit dem Land NRW und zwei Sparkassenverbänden Eigentümer, die nicht in der Lage waren, ihre gegensätzlichen Interessen für einen vernünftigen Kompromiss zurückzustellen.

Viele Lösungsmöglichkeiten wurden nämlich verbaut, weil die Sparkassen, die am Ende die Mehrheitsgesellschafter waren, keinen Verkauf wollten. Sie wollten aber auch nicht, dass es in NRW eine vertikale Fusion der WestLB mit einer Sparkasse gibt. Das wäre wiederum nur zusätzliche, unliebsame Konkurrenz gewesen, die man nicht wollte. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Ländern sind etwa die LBBW und die NordLB. Aber so war die WestLB zum Untergang verurteilt. Wer sich für die Details interessiert, den darf ich auf unsere zahlreichen Sondervoten verweisen.

Den FDP-Antrag werden wir ablehnen. Sie hatten vier Jahre Zeit, Ihre Überlegungen in Form von Bezeugungsanträgen und Sondervoten in den Ausschuss einzubringen. Das haben Sie leider unterlassen. Darüber kann Ihr Entschließungsantrag auch nicht hinwegtäuschen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Scharrenbach für die CDU-Fraktion das Wort.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup> (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Kern, Sie machen sich die Wahrheit so, wie Sie sie gern hätten in Bezug auf die Punkte, die wir verhandelt haben und die wir nicht verhandelt haben.

Fünf der 16 Themenkomplexe, die dieser Landtag beauftragt hat, wurden im Ausschuss nicht verhandelt. Das haben alle Obleute der Fraktionen deutlich angesagt. Warum wurden sie nicht besprochen? Wir haben zum einen immer noch laufende Gerichtsverfahren.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Das habe ich gesagt! – Gegenruf von der SPD: Sie haben Verschwörungstheorien genannt!)

– Sie haben das vorgehalten. Sie haben gesagt, dieser Ausschuss habe sich nicht mit Euribor und Libor beschäftigt. – Nein, wir haben uns deswegen nicht damit beschäftigt, weil es anhängige Gerichtsverfahren gibt.

(Beifall von der CDU und Stefan Zimkeit [SPD])

Das war bei den kommunalen Zinsswaps damals nicht anders.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Da sind auch viele Kommunalpolitiker aktiv!)

Bei der Frage der Fehlspekulationen mit Vorzugsaktien von Metro und BMW waren ebenfalls Gerichtsverfahren anhängig.

Dann kommen wir einmal zum Phoenix-Portfolio, Herr Kern. Der Ausschuss – jedenfalls in der Reihenfolge SPD, CDU, Grüne, FDP – hat sich sehr gewissenhaft mit der Frage beschäftigt: Holen wir die Phoenix-Unterlagen und führen eine Vernehmung zum Phoenix-Auftrag durch? Oder welche Interessen des Landes haben wir dagegen abzuwägen, was mögliche Schadensersatzansprüche anbetrifft? Das haben die Fraktionen verantwortlich für sich behandelt und damals verantwortlich auch mit dem damaligen Sprecher der Piraten, Herrn Schulz, vereinbart – auch die Reihenfolge einvernehmlich vereinbart. Nur, damit Sie das einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass das schlichtweg so gelaufen ist.

Wenn Sie sagen, der Ausschuss habe sich mit Nichtigkeiten wie Offshore und Gefälligkeitsreisen beschäftigt – was halten Sie dann eigentlich von dem Auftrag, den dieses Parlament dem Ausschuss erteilt hat? Das ist ein Kontrollauftrag, den der Landtag dem Ausschuss erteilt hat, und zwar auch über Gefälligkeitsreisen und auch über Offshore-Gesellschaften. Das wurde sogar nachträglich beauftragt. Das ist ein Kontrollauftrag des Parlaments, was Sie hier als Phantom- und Scheindebatten bezeichnen. Vielleicht sollten Sie einmal für sich Ihr Verhalten zu Kontrollaufträgen dieses Hohen Hauses bewerten.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Stefan Zimkeit [SPD])

Gestatten Sie mir abschließend noch einen Punkt. Sie haben ja auf Ihre zahlreichen Sondervoten abgehoben. Wir haben uns in den Sitzungen auch mit Ihren Sondervoten beschäftigt und haben durchaus wolkig und blumig in aller Freundlichkeit formuliert,

dass wir nicht ganz wüssten, warum und wie denn das eine oder andere Sondervotum der Piraten zustande gekommen sei. Es gibt Sondervoten, die völlig aus der bisherigen Berichterstattung des Ausschusses herausstechen. Es gibt Sondervoten, die überhaupt keine Zitate mehr enthalten und vom Inhalt her der WestLB bescheinigen, alles richtig gemacht zu haben.

(Robert Stein [CDU]: Hört, hört!)

Vielleicht sollten Sie sich einmal die Frage stellen, woher die Motivation in Ihrer Fraktion kommt, die WestLB in einen bestimmten Duktus zu rücken, was Fragestellungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Leasinggeschäft betreffen. Gerade im Zusammenhang mit den Darstellungen, die Sie da gewählt haben, gibt es doch Journalisten, die sich ernsthaft fragen: Wie kann das denn sein? Die Piraten sind die Einzigen, die sagen: Beim Leasinggeschäft hat die WestLB aber alles richtig gemacht! – Vielleicht sollten Sie diese Frage einmal für sich klären.

Wenn Sie diese Voten – und das sage ich jetzt öffentlich – damals als Abgeordneter geschrieben hätten, hätte ich den Vorsitzenden gefragt, ob Herr Kern in diesen Fragen befangen sei. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Scharrenbach. – Sie möchten noch einmal reden? – Sie haben noch 24 Sekunden Redezeit.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch schon mal was!)

**Nicolaus Kern<sup>1)</sup>** (PIRATEN): So sieht's aus, ja. – Frau Kollegin Scharrenbach, ich finde es leicht anmaßend, wie Sie mich hier mit irgendwelchen Andeutungen angehen, ohne das konkret zu benennen. Aber sei's drum.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Anmaßend war Ihr Vortrag! Die ganze Zeit mitgearbeitet und dann sowas!)

Ich finde es nur interessant, dass Sie sich hier ans Redepult stellen und bedauern, wie das gelaufen ist, mich aber, wenn ich das dann aus meiner Sicht darstelle, hier wie am Spieß verurteilen und in irgendeine Ecke stellen wollen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben da offensichtlich unterschiedliche Ansichten; daran kann ich nichts ändern.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Nicolaus Kern<sup>1)</sup>** (PIRATEN): Schön, dass Sie bei mir so viel genauer auf die Redezeit achten als bei der Kollegin Freimuth, aber sei's drum. –

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich empfehle Ihnen einfach unsere Sondervoten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Norwich Rüße  
[GRÜNE]: Absolut geschlafen!)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Gibt es den Wunsch, weitere Redebeiträge zu halten? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Ich stelle fest, dass der Landtag den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II (WestLB), **Drucksachenummer 16/14300, zur Kenntnis genommen** hat.

Der Dank an alle Beteiligten ist mehrfach ausgesprochen worden, aber ich will ihn gern noch einmal offiziell wiederholen. Das war sicherlich eine nicht ganz einfache, langwierige Arbeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir sind aber noch nicht ganz am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt, da wir noch den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP mit der **Drucksachenummer 16/14516** vorliegen haben. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe auf:

## **11 Fortschritt durch Industrie 4.0 für NRW gestalten – Investitionen und Innovation für gute Arbeit fördern**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/12853

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk  
Drucksache 16/14418

Entschließungsantrag  
des Abgeordneten Schwerd (fraktionslos)  
Drucksache 16/12906

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/14521

Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass der Antrag gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses liegen mittlerweile vor.

Mit diesen Vorbemerkungen eröffne ich die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege van den Berg das Wort.

**Guido van den Berg** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser wunderschönes Bundesland Nordrhein-Westfalen hat eine Tradition in Sachen Industrie, aber vor allen Dingen auch eine Tradition in der Frage, wie industrieller Wandel passiert. Das galt für die erste industrielle Revolution mit Mechanisierung und dem Einsatz der Dampfkraft. Das galt für die zweite, bei der die Massenfertigung, Fließbänder und die elektrische Energie Treiber wurden. Das galt für die dritte, als die Elektronik und die Automatisierung die Produktion veränderten. Und wir stehen nun vor der Frage: Wie geht es weiter?

Wir können Wandel, und wir müssen jetzt führend sein bei dem, was vor uns steht, der sogenannten vierten industriellen Revolution, bei der es darum geht, intelligente, digital vernetzte Systeme mit Produktion zu vernetzen.

Es geht nicht mehr darum, einzelne Produktionsschritte zu optimieren, sondern es geht um die Betrachtung ganzer Wertschöpfungsketten und der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Im Extremfall, meine Damen und Herren, kann das heißen, dass wir über Losgrößen eins sprechen.

Die Ministerpräsidentin hat dieses Thema sehr früh erkannt und auf die politische Agenda unseres Landes gesetzt. Am 29. Januar 2005 gab es die Regierungserklärung, die dieses Thema in den Fokus unserer landespolitischen Debatte gerückt hat. Und es ist seitdem einiges passiert.

Wir alle haben hier die Entwicklung in Ostwestfalen-Lippe beraten mit dem Kompetenz-Cluster „it's OWL“, was zu einer Marke geworden ist, die weit über unser Bundesland hinausstrahlt.

Jetzt geht es darum: Wie definieren wir, was uns in der vierten industriellen Revolution wichtig ist, und wie wollen wir sie politisch gestalten? Ich will es auf drei Kernpunkte fokussieren, die diesen politischen Gestaltungsprozess beschreiben wollen.

Der erste Punkt ist: Das Entwickeln wird wichtiger als das Wachsen. Das gilt in Zeiten des Umbruchs umso mehr. Wer Kundenwünsche künftig befriedigen will, muss digitale Kanäle bedienen können. Er muss in